

# Ungeliebte Minderheiten

## Die Chinesen in Südostasien

Außerhalb der Volksrepublik China und Taiwans leben derzeit etwa 25 Millionen Chinesen, davon über 90% in Asien. Teils Nachfahren von seit Jahrhunderten in den jeweiligen Regionen ansässigen chinesischen Einwanderern, zum größeren Teil jedoch Nachkommen chinesischer Immigranten des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts oder gar selbst noch in China geboren, besitzen sie zumeist nur noch geringe Bindungen an das Land ihrer Herkunft. Seit die Bevölkerungsfluktuation zwischen China und seinen asiatischen Nachbarn 1949 weitgehend zum Erliegen kam, haben sie sich – freiwillig oder gezwungen – in ihren Gastländern eingelebt. Obwohl zumeist Staatsangehörige der jeweiligen Nationen, bilden sie dennoch dort immer noch einen *Fremdkörper* – bedingt durch die ablehnende Haltung der anderen Volksgruppen, aber auch durch ihr eigenes Selbstverständnis.

## Die sozialistischen Staaten Südasiens

Die Errichtung der vietnamesischen Hegemonie über Indochina und der hieraus resultierende Konflikt zwischen China und Vietnam führten seit 1978 zu einem *Massen-Exodus* von Chinesen. Bis 1980 flohen ca. 260 000 Chinesen über Nordvietnam nach China bzw. wurden planmäßig vertrieben, während etwa 1 Million Flüchtlinge (darunter rund 70% Chinesen) die Flucht auf dem Seeweg wagten, wobei wohl die Hälfte von ihnen unterwegs den Tod fand. Nach optimistischen Schätzungen dürften noch 400 000 Chinesen in den Städten Südvietnams leben, wo sie nach wie vor einen großen Teil des Kleinhandels und des Gastgewerbes – unter staatlicher Regie – kontrollieren (The Straits Times, 21. 4. 83).

Von den ehemals 600 000 *kambodschanischen Chinesen* fielen die weitaus meisten der Schreckensherrschaft *Pol Pots* zum Opfer oder flohen in die Nachbarländer. Seit dem vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha wurden zudem viele der noch verbliebenen Chinesen planmäßig zur Flucht getrieben (oft wagten sie nicht, sich als Chinesen zu erkennen zu geben, aus Furcht, sie fänden keine Aufnahmeländer). Die noch etwa 30 000 in Kambodscha lebenden Chinesen führen ein Leben am Rande der Gesellschaft, ohne Existenzgrundlage und stets als potentielle Verbündete Chinas beargwöhnt.

In Laos leben noch 9000 der ehemals 60 000 Chinesen, nachdem die meisten nach China emigrierten, und selbst aus der Mongolei wird seit kurzem von gezielten Kampagnen gegen Chinesen berichtet. Einzig die 500 000 Chinesen in Burma, unter ihnen viele illegale Einwanderer im Nordosten des Landes, bleiben derzeit relativ unbehelligt, zumal sich die Beziehungen zwischen Burma und China normalisiert haben. Sie sind jedoch dort, wie die Inder, Bürger zweiter Klasse, denn das neue Nationalitätengesetz verbietet ihnen weitgehend jede politische Betätigung (vgl. HK, Januar 1983, 40).

## Die ASEAN-Staaten

Der *thailändische* Zensus von 1976 wies 310 000 chinesische Staatsbürger aus, doch dürfte die Zahl der zumeist in den Städten der Zentralregion lebenden Chinesen insgesamt annähernd 4 Millionen betragen. Durch die Annahme der thailändischen Staatsbürgerschaft und durch Mischeheiraten sind sie dabei, sich allmählich zumindest politisch zu integrieren. Ebenso zumindest politisch integriert sind die 500 000 Chinesen bzw. chinesischen Mischlinge auf den Philippinen (1977 wurden dort nur noch 3000 chinesische *Staatsbürger* gezählt).

Eine Sonderstellung nehmen Malaysia, Singapur und Indonesien ein. Nach dem Zensus von 1980 lebten in *Malaysia* 4,3 Millionen Chinesen, davon 90% in Westmalaysia (zumeist in den Städten). Damit stellten sie 32% der über 14 Millionen Einwohner Malaysias gegenüber 48% Malaien, 10,6% Eingeborenen und 8,5% Indern. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten leicht gesunken, selbst in den Städten sind sie oft leicht in der Minderzahl, wofür vor allem ihre gegenüber den Muslimen geringere Geburtenrate verantwortlich sein dürfte.

Unter den 2,5 Millionen Einwohnern des Stadtstaates *Singapur* bilden die Chinesen mit 77% eindeutig die Mehrheit. Die 4–5 Millionen Chinesen bzw. Chinesischstämmigen *Indonesiens* stellen dagegen nur eine verschwindend kleine Minderheit des Inselstaates dar. Stärker als in anderen Ländern ist hier die Trennung zwischen frühen Einwanderern und späteren Immigranten spürbar. Die Peranakan leben seit Jahrhunderten hauptsächlich in den Städten Zentral- und Ostjavas, sprechen indonesische Dialekte und haben sich in ihren Sitten und Gebräuchen dem Land weitgehend angeglichen. Die Totok, Nachkommen chinesischer Einwanderer der letzten 150 Jahre oder gar noch in China selbst geboren, stellen indessen die Mehrheit der Chinesen. Weit verstreut über die indonesische Inselwelt angesiedelt, kapseln sie sich von den Peranakan ab und versuchen, ihre kulturelle Eigenart zu bewahren.

Insgesamt besaßen 1980 noch 900 000 Chinesen in Indonesien einen chinesischen Paß, 120 000 galten als staatenlos und 1900 waren Taiwanesen. Die 1980 erlassenen Dekrete, die den Chinesen die Einbürgerung erleichtern sollten, haben bei nur mäßigem Erfolg an diesen Zahlen nichts Grundlegendes geändert. Allerdings geht man davon aus, daß sich allenfalls 200 000 der indonesischen Chinesen, die zu 80% ohnehin bereits in Indonesien geboren wurden, bewußt als Bürger der Volksrepublik China betrachten (vgl. Journal of Southeast Asian Studies 1/1981, S. 197–205).

Die Auslandschinesen bilden keine homogene Gemeinschaft. Vielmehr gehören die meist aus *Südchina* stam-

menden Einwanderer sehr unterschiedlichen Kultur- und Sprachgruppen an, wobei sie ihren gesellschaftlichen Rückhalt meist in Clans oder Großfamilien finden. Gemeinsam ist ihnen aber ihre soziale, vor allem im Wirtschaftsleben auffällige *Sonderstellung*. Ursprünglich als Händler und mehr noch als Plantagen- und Industriearbeiter sowie als Tagelöhner eingewandert, haben es manche zu relativem Wohlstand gebracht, so daß das Durchschnittseinkommen der Chinesen meist über demjenigen anderer Bevölkerungsgruppen liegt.

### Das Wirtschaftspotential der Auslandschinesen

Sie leben zumeist in den Städten, wo sie im Kleinhandel dominieren, aber auch in einigen anderen Wirtschaftszweigen eine z. T. beherrschende Stellung innehaben, insbesondere im Banken- und Bauwesen sowie in Teilen der Industrie. So kontrollieren sie in Indonesien angeblich 70% des Kleinhandels, antichinesische Kreise behaupten sogar, 80% der gesamten Wirtschaft Indonesiens seien in der Hand chinesischer Abkömmlinge (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 1. 7. 83). Die einflußreiche Liem-Gruppe stieg in den letzten Jahren in enger Beziehung mit höchsten Militärkreisen – zum größten Privatkonzern Indonesiens auf. In Thailand waren 1978 nach Erhebungen eines Universitätsinstituts 23 der 25 einflußreichsten Wirtschaftsmagnaten Chinesen bzw. chinesischer Abstammung und kontrollierten Chinesen 63 der 100 größten Wirtschaftsunternehmen (Far Eastern Economic Review, 16. 6. 78). Die wirtschaftliche Macht der zumeist auch über gute internationale Beziehungen verfügenden Chinesen veranlaßte die Regierung der einzelnen Staaten, z. T. recht erhebliche *Restriktionen* zu verfügen. So dürfen in Thailand seit den 50er Jahren Chinesen kein Land erwerben, sich nicht in allen Wirtschaftszweigen betätigen und keine Mehrheitsbeteiligungen an Unternehmen besitzen.

Ähnliche Beschränkungen gibt es auch in anderen Ländern. Oft werden diese Verbote jedoch umgangen, indem man sich mit einheimischen Geschäftspartnern zusammenschließt oder Unternehmen auf die Namen einheimischer Verwandter registrieren läßt. Die chinesische Oberschicht hat sich ohnehin längst mit der Oberschicht der jeweiligen Länder bzw. den politischen Führungen arrangiert, wie gerade das Beispiel Indonesiens zeigt.

Die Unruhen der letzten Jahre, deren Opfer zumeist Angehörige der chinesischen Mittel- und Unterschicht waren, richteten sich denn auch nicht nur gegen den Einfluß der Chinesen in der Wirtschaft, sondern waren zugleich Ausdruck der Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen Verhältnissen, zu deren Festigung die chinesische Oberschicht beiträgt.

### Politischer Einfluß nur indirekt

In den meisten Staaten können die Chinesen keinen direkten politischen Einfluß ausüben, da ihnen die politische Organisation verwehrt ist. In Thailand nehmen deshalb

die chinesischen *Wirtschaftsverbände* teilweise gesellschaftspolitische Aufgaben wahr, ja die Chinesische Handelskammer mit ihren 5000 Mitgliedern gilt gleichsam als das politische Sprachrohr der Chinesen. In Indonesien wurden 1967 sämtliche chinesischen Organisationen verboten, zumal führende chinesische politische Kreise nicht nur mit *Sukarno*, sondern auch mit der seit dem Putschversuch 1965 verbotenen *KP Indonesiens* sympathisiert hatten. Die Ressentiments sind seither so tief verwurzelt, daß selbst ein Vorschlag des Bruders des Staatspräsidenten *Subarto* ohne nennenswertes Echo blieb – dieser hatte angeregt, einen Vertreter der chinesischen Minderheit im Kabinett aufzunehmen (Business Day, 28. 9. 82).

Die Furcht vor einem kommunistischen Einfluß durch die Chinesen ist auch einer der Gründe, weshalb *Indonesien* seine diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China noch nicht wieder aufgenommen hat (Singapur, das ebenfalls keine diplomatische Mission in Peking unterhält, möchte sich erst nach Indonesien zu einem entsprechenden Schritt entschließen). Allerdings gilt es nicht nur den Widerstand der antikommunistischen Muslime zu überwinden, sondern auch den erheblichen Widerstand jener chinesischen Wirtschaftskreise, die vom Handel mit Taiwan abhängig sind (und hiervon profitiert wiederum auch das Militärregime).

Auch in *Malaysia* sind die Chinesen politisch unterrepräsentiert. Die größte chinesische Partei, die *Malaysian Chinese Association* mit 500 000 Mitgliedern, stellt nur 24 der 154 Parlamentsabgeordneten und muß sich innerhalb der Regierungskoalition mit vier weniger bedeutenden Ministerien zufriedengeben. Die eng an Wirtschaftsgruppen angelehnte Partei gilt vielen Chinesen allerdings eher als ein Gehilfe der führenden muslimischen Regierungspartei denn als Vertreterin chinesischer Interessen, da sie der Malaiisierungspolitik in Wirtschaft und Kultur wenig Widerstand entgegenzusetzen scheint. Von noch geringerem politischen Gewicht ist die „*Gerakan Rakyat*“ (Volksbewegung), die – offiziell vielmehr – vor allem die Interessen der ärmeren chinesischen Schichten vertritt. Sie konzentriert sich in ihren Aktivitäten hauptsächlich auf den Bundesstaat Penang, wo sie auch die Regierung stellt.

### Zwang zur gesellschaftlichen Integration

In Opposition zu den Regierungsparteien steht die *Democratic Action Party*, eine Schwesterpartei der in Singapur regierenden People's Action Party. Sie tritt für rassischen Pluralismus ein und vertritt z. T. sozialistische Ideen, geriet aber wegen innerer Querelen zeitweilig bei den chinesischen Wählern in Mißkredit und konnte erst in neuerer Zeit wieder an Boden gewinnen. Die DAP gehört zu den heftigsten Kritikern der Malaiisierungspolitik, in der sie zudem – nicht ganz zu Unrecht – eine verdeckte *Islamisierungspolitik* sieht.

Gerade auf kulturellem Gebiet wird deutlich, wie sehr die Chinesen zu einer allmählichen Assimilierung in die jeweils herrschende Kultur gezwungen werden. In *Thailand*

z. B. gibt es nur etwa 200 chinesische Grundschulen und Kindergärten, die zudem unter staatlicher Aufsicht stehen – ansonsten sind die Chinesen auf das allgemeine (staatliche) Erziehungswesen verwiesen.

Auch in *Malaysia* wird Mandarin-Chinesisch, das wesentlich zur sprachlichen und kulturellen Einigung der verschiedenen chinesischen Gruppen beitragen könnte, nur in Grundschulen gelehrt. Ab der Sekundarstufe gab es 1982 in *Malaysia* nur etwa 60 private chinesische Schulen mit 45 000 Schülern (*Far Eastern Economic Review*, 5. 5. 83). Besonders kraß wirkt sich die Benachteiligung der Chinesen im *Universitätswesen* aus, wo bei der Vergabe der Studienplätze Nicht-Chinesen eindeutig bevorzugt werden und man den Chinesen zudem die Errichtung einer eigenen Universität verwehrt. Ebenso gibt es in *Indonesien* nur wenige Schulen, an denen man Mandarin-Chinesisch unterrichtet.

*Singapur* besinnt sich dagegen wieder stärker auf seine chinesischen Kulturelemente. So fördert man in den Schulen die Zweisprachigkeit, nachdem bisher Englisch die führende Unterrichtssprache war und viele Chinesen der Oberschicht bisher eine vorwiegend europäisch ausgerichtete Erziehung genossen. Die Propagierung des Mandarin-Chinesisch soll dazu beitragen, die verschiedenen chinesischen Volksgruppen sprachlich und kulturell zu einigen.

Die *kulturelle Integration* der Chinesen in ihren jeweiligen Aufnahmeländern ist allerdings nicht unumstritten, könnte sie doch zur Aufgabe der eigenen kulturellen Identität führen. Dies wird besonders deutlich am Beispiel *Indonesiens*, wo es hierzu zwei sehr unterschiedliche Meinungen gibt. Gerade die jüngeren Peranakan scheinen vielfach bereit, sich kulturell in einer Weise zu assimilieren, daß sie gleichsam in *Indonesien* „aufgehen“.

Dies entspricht den Ansichten vieler jüngerer Offiziere, Intellektuellen und führender Muslime, die den Chinesen erst nach erfolgter kultureller Integration auch die politische Gleichberechtigung gewähren wollen. Vor allem die Totok möchten jedoch ihre kulturellen Eigenheiten wenigstens bis zu einem gewissen Grade bewahren. Wie kontrovers die Assimilation betrachtet wird, zeigt das Schicksal der – allerdings wachsenden Zahl – chinesischer Konvertiten zum Islam. Diese Konvertiten laufen Gefahr, von ihren eigenen Landsleuten abgelehnt zu werden, ohne daß sie die übrigen Indonesier als gleichberechtigte Mitbürger anerkennen.

Überhaupt spielt der Glaube eine wesentliche Rolle hinsichtlich der gesellschaftlichen Selbstfindung der Auslandschinesen. Die meisten bekennen sich zum Konfuzianismus oder Buddhismus, doch zählte man 1978 unter ihnen weltweit auch 5% *Christen*, darunter 750 000 *Katholiken* (*J. Charbonnier*, *Chinese Christianity outside China*, in: *Concilium* 6/1979, S. 104 ff.). Die auf den Philippinen lebenden Chinesen gehören dabei mehrheitlich dem christlichen Glauben an, und in *Westmalaysia* dominieren die Chinesen sogar unter den Katholiken. Bedeutende

chinesische Christengemeinden gibt es auch in *Singapur* und in *Indonesien* – in der katholischen Erzdiözese *Djakarta* stellen sie etwa die Hälfte der Gläubigen. Zumeist handelt es sich um Angehörige der Mittelschicht, unter den sehr wohlhabenden Chinesen finden sich dagegen nur wenige Christen.

Ihre Gemeinden leiden nicht nur unter den typischen Problemen der Diaspora, sondern sehen sich auch mit zusätzlichen Schwierigkeiten konfrontiert. Die kulturelle und sprachliche Vielfalt der chinesischen Gruppen behindert ihr Zusammenleben mit anderen Christen und führt gelegentlich gar zu *Rivalitäten* untereinander. Schon das Sprachenproblem stellt somit etwa in *Malaysia* ein ernstes Hindernis auf dem Wege zur Integration dar. Die Verwendung des Mandarin-Chinesisch könnte zwar zur Einheit der Chinesen beitragen, birgt aber zugleich die Gefahr der Bildung einer „Kirche in der Kirche“. So wird die katholische Kirche *Malaysias* statt des bisher weitgehend verwendeten Englisch in Zukunft verstärkt auch die Staatssprache *Bahasa Malaysia* benutzen müssen, um eine gemeinsame sprachliche Basis für alle in ihr vertretenen Volksgruppen zu finden (*UCA News* 4. 5. 83).

Die bisher nur in Ansätzen vorhandenen Bestrebungen zur Inkulturation gestalten sich um so schwieriger, als die Betonung der chinesischen Kulturtradition leicht zum *Politikum* wird (manche Minderheitenvertreter neigen auch dazu, dies entsprechend auszunutzen). Zudem hat der überalterte, z. T. noch in *China* geborene chinesische Klerus erhebliche Nachwuchssorgen. Bei weitem nicht alle Gemeinden mit chinesischer Mehrheit können von indigenen Priestern betreut werden. So dürfte die gezielte Förderung des Priesternachwuchses und damit die Sicherung der geistlichen Betreuung der Gläubigen noch längere Zeit Vorrang haben vor der Lösung anderer Probleme.

### Chinas Politik gegenüber den Auslandschinesen

*China* befürwortet längst die Integrierung der Auslandschinesen in ihre jeweiligen Gastländer. Dies gilt allerdings nicht für *Macao* und *Hongkong*, deren Chinesen – wie diejenigen *Taiwans* – als chinesische Staatsbürger betrachtet werden. Dies zeigen auch die gegenwärtigen Verhandlungen *Chinas* mit *Großbritannien* über die Zukunft *Hongkongs*. An diesen sind Vertreter der *Hongkong-Chinesen* nicht nur offiziell nicht beteiligt, sie sind auch als Mitglieder der Verhandlungsdelegationen unerwünscht. Die Ende 1982 verabschiedete Verfassung sieht nur den Schutz solcher Chinesen vor, die einen chinesischen Paß besitzen.

Entsprechend ist die Kommission für Angelegenheiten der Auslandschinesen hauptsächlich mit der Betreuung der Angehörigen von im Ausland lebenden Chinesen befaßt. Dennoch mißt man den Auslandschinesen eine nicht geringe *wirtschaftliche Bedeutung* zu. Die Hoffnung, sie

durch Reiseerleichterungen und andere Anreize zu verstärkten Devisenüberweisungen und Investitionen in China zu bewegen, erwies sich aber wohl als trügerisch. Die Doktrin der strikten Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder führt im übrigen dazu, daß China selbst bei Übergriffen gegen dort lebende Chinesen oft nur mit – zurückhaltenden – verbalen Protesten reagiert. Auf den Export seiner Revolution vermittels der Auslandschinesen („5. Kolonne“) hat China verzichtet, seit die kommunistischen Bewegungen in Südostasien in den letzten Jahrzehnten erhebliche Rückschläge erlitten haben.

Derzeit erhält nur die KP in *Burma* eine nennenswerte, wenngleich gegenüber früher erheblich reduzierte materielle Unterstützung. Die burmesische KP steuert nicht nur einen pro-chinesischen Kurs, sondern kann sich auch als einzige KP Südostasiens in gewissem Maße auf eine chinesische Minderheit (in Ostburma) stützen. Ihre 12 000 Soldaten sind allerdings zeitweilig mehr im Drogenhandel und Warenschmuggel engagiert, wovon China durchaus profitiert.

Die thailändische KP mit ihren vielleicht noch 4000 Soldaten ist dagegen in drei feindliche Gruppierungen zerfallen. In den Führungsgremien des pro-chinesischen Flügels dominieren zwar Thais chinesischer Herkunft, doch ist ihr Rückhalt unter den Thais selbst, auch jenen chinesischer Abstammung, recht gering. Die pro-sowje-

tische und die pro-vietnamesische Fraktion werden im übrigen von Thais geführt.

Die KP Malaysias hat etwa 3000 Mitglieder (zumeist Chinesen), doch sie operiert hauptsächlich von Thailand aus, seit sie unter den malaysischen Chinesen nur noch eine geringe Zahl von Sympathisanten hat. Außerdem ist auch sie in zwei Flügel gespalten, von denen nur einer für China votiert. Die indonesische KP führt in ihrem Peking Exil schon lange nur mehr ein Schattendasein, und die KP der Philippinen hat ihre Kontakte zu China sogar weitgehend abgebrochen. Selbst wenn die kommunistischen Parteien Südostasiens ihre Tätigkeit wieder verstärken sollten, dann kaum als Repräsentanten Chinas oder gar der im Ausland lebenden Chinesen.

Die chinesischen Minderheiten bilden in den Staaten Südostasiens einen wichtigen, aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben kaum mehr wegzudenkenden Faktor. In ihrer exponierten Lage wurden sie in der Vergangenheit leider oft genug Opfer eines irrationalen Fremdenhasses, der allerdings meist mehr ein Symptom der allgemeinen Unzufriedenheit mit gesellschaftlichen Verhältnissen war. Eine allmähliche weitere Integrierung der Chinesen in ihre jeweilige Umgebung, möglichst unter Wahrung ihrer kulturellen Identität, könnte dazu dienen, derartiges in Zukunft zu verhindern. Sie wäre um so notwendiger, als sowohl China wie auch Taiwan an ihrem Schicksal nur bedingt interessiert scheinen.

Peter Drews

## UNCTAD und die Kirchen

### Eine Stellungnahme aus aktuellem Anlaß

*Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die im Juni 1983 in Belgrad – zum 6. Mal seit 1972 – stattfand, hat die Frage nach der Zweckmäßigkeit solcher Veranstaltungen aufgeworfen. Die christlichen Kirchen, in der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) entwicklungspolitisch engagiert, hielten bisher die UNCTAD für wichtig genug, um seit 1972 jeweils aus Anlaß dieser Konferenz entwicklungspolitische Memoranden abzugeben bzw. mit anderen nichtstaatlichen Organisationen zu einem Symposium „Gemeinsam aus der Krise“ (vgl. HK, Juni 1983, 285) einzuladen. Die Belgrader Konferenz liegt bereits einige Monate zurück. Im Bericht der Herder-Korrespondenz über Erwartungen und Ergebnisse von UNCTAD VI (September 1983, 396) wurde u. a. auch die Frage gestellt, ob durch UNCTAD VI die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen „entwicklungspolitisch aufgewertet“ wurde. Weiterhin wurde die These vertreten, je schlechter die Situation in den Entwicklungsländern wird und je weniger „hilfsbereit“ die Industrie-Staaten sind, desto höher würde der Wert der privaten Hilfe ansteigen. Dazu hat uns Hildegard Rapin vom Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden in Bonn einen Beitrag zur Verfügung gestellt, indem sie eine grundsätzliche Klärung versucht.*

Die Hilfe der nichtstaatlichen Organisationen (NRO; u. a. Kirchen) ist in mehreren „Gefahren“: Alibi für fehlende Entwicklungspolitik zu sein, auf Armutshilfe in den am wenigsten entwickelten Ländern beschränkt zu werden – oder: überfordert zu werden! Ohne staatliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Selbsthilfe im Sinne von Veränderungen von Strukturen und Beteiligung der Unterprivilegierten zulassen, bleibt die Projekt-/Programmhilfe von NRO punktuell.

Eine „Aufwertung“ der privaten Hilfe – im o. g. Sinne – ist zu einem guten Teil auch davon abhängig, welche Konsequenzen nichtstaatliche Organisationen generell aus weltweiten Konferenzen für ihr eigenes Selbstverständnis sowie für ihre Aktivitäten ziehen; inwieweit es ihnen gelingt, die politische und moralisch-ethische Herausforderung der Konferenzthematik und der Konferenzergebnisse in ihren eigenen Ländern deutlich zu machen. Das Ziel muß sein, die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit so zu beeinflussen, daß ein sich selbst tragender Entwicklungsprozeß in den Entwicklungsländern erreicht und gleichzeitig auch in der eigenen Gesellschaft eine kritische Reflexion der Verursachung von „Unterentwicklung“ eingeleitet wird.